



N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

19. Wahlperiode - 12. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Mai 2018, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch zum Thema überbetriebliche Ausbildung mit	5
- Bauernverband Schleswig-Holstein - Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein - Fachverband Garten , Landschafts- und Sportplatzbau Schleswig-Holstein e.V. - Haus der Landschaftsgärtner - Verband Landwirtschaftlicher Fachbildung Schleswig-Holstein (vlf)	
2. Landesregulierung der Strom - und Gasnetze endlich auf den Weg bringen	7
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/503	
Antrag der Abg. Sandra Redmann (SPD) Umdruck 19/904	
3. Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!	8
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/675	
4. Bericht der Landesregierung zum Sachstand Gänsemonitoring und Gänsemanagement in Schleswig-Holstein	9
Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD) Umdruck 19/860	
5. Bericht der Landesregierung zum Sachstand „Kastaniensterben in Schleswig-Holstein“	11
Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD) Umdruck 19/882	
6. Bericht der Landesregierung von der AMK, Sachstand Milch	13
Antrag der Abg. Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) Umdruck 19/900	
7. Entwurf eines Gesetzes zur Berücksichtigung größerer Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern	14
Gesetzentwurf der Volksinitiative „Für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“ Drucksache 19/663	

8.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes	15
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/677	
9.	Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt!	16
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/291	
10.	Verschiedenes	17
	a) Gespräch mit der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V.	17
	b) Gespräch mit dem Deutschen Milchkontor	17
	c) Betriebsbesuch in Gelting	17
	d) Gespräch mit der Vereinigung der Betriebsberater Landwirtschaft	17

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Gespräch zum Thema überbetriebliche Ausbildung mit

- Bauernverband Schleswig-Holstein
Friedrich Klose
- Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
Christiane Nissen, Gärtnerische Berufsausbildung
- Fachverband Garten , Landschafts- und Sportplatzbau Schleswig-Holstein e.V. - Haus der Landschaftsgärtner
Achim Meierewert, Geschäftsführer
- Verband Landwirtschaftlicher Fachbildung Schleswig-Holstein (vlf)
Martina Johannes, Geschäftsführerin

hierzu: Umdruck 19/19/921

Frau Johannes trägt das aus [Umdruck 19/921](#) ersichtliche Anliegen vor. Dessen Dringlichkeit und Wichtigkeit wird durch Herrn Klose, Herrn Meierewert und Frau Nissen unterstrichen.

Auf die Frage des Abg. Rickers nach der Höhe der erforderlichen Mittel antwortet Frau Johannes, lege man die jetzige Richtlinie für das Handwerk, was rund 27 € pro Teilnehmer und Tag bedeuten würde - analog zugrunde, gehe es um etwa 250.000 bis 300.000 € im Jahr.

Abg. Eickhoff-Weber bittet um eine Übersicht über die Förderung in anderen norddeutschen Ländern.

Frau Johannes legt dar, bis 2008 habe es in Schleswig-Holstein eine Teilförderung der überbetrieblichen Ausbildung für spezielle Techniklehrgänge gegeben, die aber im Rahmen der Einsparmaßnahmen der Landesregierung entfallen seien. Wie lange es die ESF-Richtlinie für das Handwerk bereits gebe, entziehe sich ihrer Kenntnis. Soweit ihr bekannt sei, seien die landwirtschaftlichen und anderen Ausbildungslehrgänge in anderen Bundesländern gleichgestellt; dort erfolge eine Förderung aus der Richtlinie.

Auf eine Bemerkung der Abg. Redmann legt Frau Johannes dar, dass die unbefriedigende Situation in der überbetrieblichen Lehrgangsförderung die Diskussion seit Jahren begleite.

Deshalb sollte dieses Mal das Gespräch rechtzeitig vor der nächsten EU-Förderperiode mit den verantwortlichen Politikern gesucht werden.

Auf eine weitere Frage aus dem Ausschuss legt Herr Klose beispielhaft dar, dass ein Lehrgangstag in Futterkamp etwa 70 € koste. Ein Zuschuss von 27 € wäre dies zumindest ein Anfang.

Auf Fragen des Abg. Voss führt Frau Johannes aus, wie hoch die tatsächlichen Kosten der Lehrgänge für überbetriebliche Ausbildung im Handwerk seien, könne sie nicht sagen. Die Richtlinie sehe eine Pauschale pro Lehrgangstag von 81 € vor. Davon werde ein Drittel gefördert. Im Übrigen sei sie in die Feinheiten eines schlankeren Abrechnungsverfahrens nicht eingestiegen. Es gebe aber zum Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern Hinweise, ein EDV-Programm als Grundlage zu nutzen.

Der Vorsitzende fasst abschließend kurz zusammen, dass man mit dem vorgetragenen Anliegen bei den Abgeordneten auf offene Ohren gestoßen sei. Diese nähmen es mit in ihre Fraktionen, um es dort zu beraten. Die Stärkung der Agrarberufe sei ein Thema, bei dem sich alle Fraktionen einig seien.

2. Landesregulierung der Strom - und Gasnetze endlich auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/503](#)

Antrag der Abg. Sandra Redmann (SPD)

[Umdruck 19/904](#)

Der Ausschuss bittet auf Anregung der Abg. Redmann darum, an den Anhörungsergebnissen des Wirtschaftsausschusses beteiligt zu werden.

Abg. Meyer weist darauf hin, dass der SSW einen Gesetzentwurf zu diesem Thema in den Landtag eingebracht habe.

3. Grundwasser schützen: Düngeverordnung nachbessern und effizient umsetzen!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/675](#)

Zu diesem Tagesordnungspunkt entwickelt sich eine kurze Diskussion darüber, welche der Vorgaben von der Bundesebene in den Entwurf der Düngeverordnung übernommen worden sind.

Um dies besser beurteilen zu können, sollen die Verbände, die zu einer Stellungnahme zum Verordnungsentwurf aufgefordert worden sind, vom Ausschuss gebeten werden, diesem ihre Stellungnahme ebenfalls zuzuleiten. Die Vertreter der Landesregierung sagen zu, der Ausschussgeschäftsführerin die entsprechenden Informationen zuzuleiten.

4. Bericht der Landesregierung zum Sachstand Gänsemonitoring und Gänsemanagement in Schleswig-Holstein

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD)

[Umdruck 19/860](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, legt dar, aus Sicht des Natur- und Artenschutzes sei es begrüßenswert, dass sich die Population erholt habe. Die Konsequenz sei, dass Gänse zu ökonomischen Belastungen für Landwirte werden könnten. In Schleswig-Holstein gebe es seit vielen Jahren ein Gänsemanagement, das im Kern auf Vertragsnaturschutz beruhe. Derzeit gebe es Überlegungen, dieses Gänsemanagement zu überarbeiten. Außerdem gebe es Überlegungen hinsichtlich der Einführung eines europäischen Gänsemanagements.

Herr Elscher, Leiter der Abteilung Naturschutz, Forstwirtschaft und ländliche Räume im MELUND, erinnert an den Beschluss des Landtages, ein Gänsemanagementkonzept zu erstellen. Daran werde gearbeitet. Derzeit werde insbesondere auf das Instrument des Vertragsnaturschutzes gesetzt. Die Förderung umfasse etwa 2,2 Millionen €. Dafür stünden insbesondere Mittel der Europäischen Union zur Verfügung. In den hauptsächlich betroffenen Gebieten seien sogenannte Gänsepoolflächen eingerichtet. Es gebe Pachtnachlässe durch das LKN, und es seien Gänsemelder installiert. Leider sei dieses System bisher noch nicht intensiv befüllt worden. Man erwarte sich daraus insbesondere Rückschlüsse darauf, ob die Hauptgebietskulisse richtig gewählt sei. In den Naturschutzkögen, in denen das Land Eigentümer sei, würden Flächen gänsegerecht gepflegt.

Dennoch gebe es in diesem Bereich eine intensive Debatte. Vor diesem Hintergrund sei vor etwa zwei Jahren ein Runder Tisch eingerichtet worden, der bisher sechsmal getagt habe. Dies sei kein einfacher Prozess, weil verschiedene Interessen aufeinanderprallten.

Das Land sei außerdem in einem internationalen Prozess involviert, inwieweit ein Management der Gänse organisiert werden könne. Neben dem BMU und dem Land Niedersachsen sei Schleswig-Holstein intensiv daran beteiligt.

Im Rahmen des letzten Runden Tisches sei angesprochen worden, das jetzige System des Vertragsnaturschutzes, das zu 75 % von der EU kofinanziert werde, durch ein Entschädigungsmodell zu ersetzen. Dieser Ansatz wäre zielgenauer. Allerdings wären Entschädi-

gungszahlen durch die EU nicht kofinanzierungsfähig. Derzeit versuche das Land auf Bundesebene, Entschädigungen insbesondere für Schädigungen durch Arten, die europarechtlich geschützt seien, in den Pool der EU-finanzierten Maßnahmen hineinzubekommen.

Abg. Jensen hält das Problem für sehr relevant und durchaus für ein wirtschaftliches Problem der betroffenen Bauern. Der entstandene Schaden werde zum Teil nicht annähernd ersetzt. Mit den jetzt vorgestellten Überlegungen befinde man sich nach seiner Ansicht auf dem richtigen Weg. Er spricht ein Modellprojekt an, mit dem eine Lenkungswirkung herbeigeführt werden solle, und bittet darum, dem Ausschuss die Ergebnisse schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schnurrbusch hält die Finanzierung für relevant und erinnert daran, dass voraussichtlich für die Landwirtschaft in der nächsten Förderperiode weniger Geld zu Verfügung stehen werde. Außerdem erkundigt er sich nach der Ansicht der Landesregierung hinsichtlich eines europäischen Gänsemanagements.

Minister Dr. Habeck legt dar, konkrete Vorschläge des künftigen europäischen Finanzierungsrahmens seien noch nicht bekannt. Die bisher bekannten Kürzungsvorschläge gingen einseitig zulasten der zweiten Säule, was er für den falschen Anreiz halte. Die Programme in der zweiten Säule seien in Schleswig-Holstein bereits jetzt überbucht. - Einem Gänsemanagement auf europäischer Ebene stehe Schleswig-Holstein offen gegenüber.

Herr Elscher legt dar, bevor über einen Entschädigungsrahmen gesprochen werden könne, müsse versucht werden, diese Entschädigung in die entsprechende Verordnung zu implementieren. - Zu dem von Abg. Jensen angeführten Modellprojekt sagt er zu, entsprechende Informationen schriftlich nachzuliefern.

5. Bericht der Landesregierung zum Sachstand „Kastaniensterben in Schleswig-Holstein“

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD)

[Umdruck 19/882](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, führt aus, dass es gegen das insbesondere die Rosskastanien anfallende Bakterium, das seit 2007 in Schleswig-Holstein auftrete, keine Bekämpfungsmöglichkeiten gebe. Dabei sei zu beachten, dass die Rosskastanie aus ökologischer Sicht in Schleswig-Holstein weniger wichtig sei. Fachleute gingen davon aus, dass einige Bäume eine Resistenz entwickelt hätten. Deshalb rieten sie dazu, bei Fällungen von Bäumen Einzelfallentscheidungen zu treffen.

Herr Elscher, Leiter der Abteilung Naturschutz, Forstwirtschaft und ländliche Räume im MELUND, ergänzt, wichtig sei, sich jeden einzelnen Baum genau anzusehen. Sofern Bäume eine Gefährdung für Leib und Leben darstellten, müssten sie entfernt werden.

Abg. Eickhoff-Weber weist darauf hin, dass der Pilz auch andere Gehölze angreife. Deshalb sei er eine große Herausforderung. Sie verweist auf die Diskussion im Umwelt- und Agrarausschuss vom Juli 2014 und erkundigt sich danach, ob der Verlauf so dramatisch sei wie damals befürchtet.

Abg. Schnurrbusch spricht von Informationen aus Nordrhein-Westfalen, wonach es möglicherweise Mittel zur Bekämpfung des Bakteriums gebe.

Abg. Götsch erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinden.

Minister Dr. Habeck verweist auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage aus der 18. Wahlperiode, [Drucksache 18/2120](#), dem hinsichtlich des Verlaufs und der Bekämpfung des Bakteriums nichts hinzuzufügen sei. Nach seinen Informationen gebe es keine chemischen Bekämpfungsmittel.

Auf eine Frage der Abg. Redmann legt Minister Dr. Habeck dar, es gebe die Empfehlung, befallenes Holz nicht arglos herumliegen zu lassen. Er erklärt sich bereit, zu überprüfen, ob diese Hinweise den Kommunen bekannt seien.

6. Bericht der Landesregierung von der AMK, Sachstand Milch

Antrag der Abg. Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

[Umdruck 19/900](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, führt aus, dass auf der AMK keine Beschlüsse hinsichtlich einer Mengenregulierung stattgefunden hätten. Deshalb vertrete er die Ansicht, dass man nicht davor gefeit sei, eine neue Krise auf dem Milchmarkt zu erleben. Er sei politisch der Auffassung, dass ein Anspruch auf Entschädigungsleistungen in einem solchen Fall daran gebunden sein müsste, dass es Steuerungsmaßnahmen gebe.

Auf eine Nachfrage der Abg. Eickhoff-Weber bekräftigt Minister Dr. Habeck, alle Bemühungen, voranzukommen, entsprechende Steuerungsmaßnahmen gegebenenfalls auf Bundesebene vorzusehen, seien erfolglos geblieben. Das liege auch daran, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium der Auffassung sei, dass dies nicht der richtige Weg sei.

Abg. Voss vertritt die Auffassung, Voraussetzung für eine Unterstützung in einer Krise sollte die Bereitschaft sein, mengenreduzierend einzugreifen. Gegen kaputte Märkte könne und sollte man nicht ansubventionieren. Er halte das Thema Milch für eines der Themen, das in Zukunft weiter diskutiert werden müsse.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Berücksichtigung größerer Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern

Gesetzentwurf der Volksinitiative „Für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“
[Drucksache 19/663](#)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Petitionsausschuss beschlossen hat, am 22. Mai 2018 eine Anhörung der die Vertrauenspersonen durchzuführen.

Der Ausschuss stellte seine Beratungen zunächst zurück.

Auf eine Frage der Abg. Redmann hinsichtlich der Situation in Gintoft legt Abg. Meyer dar, dass er dazu eine Kleine Anfrage gestellt habe.

Im Rahmen der folgenden kurzen Diskussion erläutert Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, dass die noch bestehenden Bäume als Wald definiert würden. Insofern sei auf dieser Fläche rechtlich gesehen nach wie vor Wald vorhanden.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfischereigesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/677](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung binnen 14 Tagen benannt werden. Als Termin, zu dem die Stellungnahmen vorliegen sollen, wird Ende Juni 2018 festgelegt.

9. Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/291](#)

Der Ausschuss kommt einstimmig überein, von einer mündlichen Anhörung abzusehen.

Es besteht die Absicht, die Beratungen in einer der nächsten Sitzungen abzuschließen.

10. Verschiedenes

a) Gespräch mit der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V.

Der Vorsitzende erinnert an das Gespräch mit der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V. im Anschluss an die Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses am 27. Juni 2018.

b) Gespräch mit dem Deutschen Milchkontor

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das Deutsche Milchkontor die Mitglieder des Umwelt- und Agrarausschusses zu einem parlamentarischen Frühstück oder Mittagessen am 22. August 2018 einzuladen gedenke.

Der Ausschuss nimmt diese Einladung zum Anlass, grundsätzlich übereinzukommen, derartige Gespräche im Rahmen von Delegationsgesprächen in der Regel im Anschluss an reguläre Sitzungen des Umwelt- und Agrarausschusses durchzuführen. Vor diesem Hintergrund soll dem Deutschen Milchkontor der Vorschlag gemacht werden, ein derartiges Gespräch im Anschluss an die Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses am 22. August 2018 zu führen.

c) Betriebsbesuch in Gelting

Der Vorsitzende erinnert an den geplanten Betriebsbesuch am 28. Mai 2018 in Gelting.

d) Gespräch mit der Vereinigung der landwirtschaftlichen Betriebsberater

Der Vorsitzende berichtet von einem Gesprächsersuchen der Vereinigung der Betriebsberater Landwirtschaft. Diesen soll das Angebot unterbreitet werden, im Anschluss an eine reguläre Sitzung ein Gespräch zu führen.

Der Vorsitzende, Abg. Kumbartzky, schließt die Sitzung um 16:00 Uhr.

gez. Oliver Kumbartzky
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin